

Positionspapier der CDU-Landesgruppe Hamburg im Deutschen Bundestag Hamburg als Wirtschafts- und Zukunftsstandort stärken

Die Metropolregion Hamburg bildet eines der wichtigsten Handels- und Wirtschaftszentren in Nordeuropa. Nach rund zehn Jahren SPD-geführter Senate geraten andere Vergleiche jedoch bereits deutlich weniger vorteilhaft. Gemäß einer von der unabhängigen Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegebenen Studie fällt Hamburgs Wirtschaft – und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt – im Vergleich zu den 50 wichtigsten europäischen Metropolregionen kontinuierlich zurück.¹ Weitere Studien belegen, dass Hamburg als Wissenschaftsstandort von anderen Städten abgehängt wird.² Diese Entwicklungen sind beunruhigend. Hamburg droht auch als Wirtschaftsstandort weiter zurückzufallen. Andere deutsche Metropolregionen wie München oder Stuttgart sind bereits vorbeigezogen; andere europäische Hafenmetropolen ebenfalls. Hinzu kommen weitere Probleme: Hamburg zählt regelmäßig zu den Städten mit den meisten Staus, Investitionen in die Wissenschaft und dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen stocken, Wohnraum ist für Familien vielerorts kaum noch bezahlbar und die soziale Infrastruktur wächst nicht mit der Bevölkerung. Die meisten dieser Probleme wurden in der Corona-Pandemie besonders deutlich. Der Krieg in der Ukraine stellt Hamburg und insbesondere den Hamburger Hafen als Drehscheibe des deutschen Ostsee- und Außenhandels vor große Herausforderungen, die längst noch nicht in Gänze absehbar sind. Der Wirtschaftsstandort Hamburg ist deshalb gerade jetzt auf vernünftige politische Rahmenbedingungen angewiesen, damit er die geopolitischen Turbulenzen überstehen und die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft meistern kann.

Als Hamburger Landesgruppe im Deutschen Bundestag wollen wir uns daher für folgende Themen einsetzen:

1. Wissenschaft und Wirtschaft verknüpfen und Fachkräfte gewinnen

Um den Abwärtstrend in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung umzukehren, muss eine aktive Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik verfolgt werden, durch die Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen eng zusammenarbeiten – Cluster-Politik, wie sie der CDU-geführte Senat begonnen hat, ist hier das Stichwort. Klar ist aber auch: Nur mit Fachkräften und Innovationen kommen wir wieder auf die Erfolgsspur. Beginnen müssen wir hier bei den Jüngsten unserer Gesellschaft. Die Kinder von heute sind unsere Zukunft – und sie sind die Fachkräfte und das Spitzenpersonal von morgen. Wir können es uns auch angesichts der demografischen Entwicklung nicht leisten, die Potenziale junger Menschen nicht bestmöglich zu entwickeln. Im Hinblick auf die umfangreiche und stetige Zuwanderung nach Deutschland muss die frühkindliche Förderung darauf ausgerichtet sein, dass alle Jungen und Mädchen ihre Bildungslaufbahn in der Schule mit annähernd gleichen Chancen beginnen und dass Defizite behoben werden, die dies verhindern. Deshalb fordern wir die bestehende verpflichtende Sprachstandserhebung im Alter von viereinhalb Jahren um ein Jahr vorzuziehen und bei Bedarf mit der alltagsintegrierten Sprachförderung bereits im Alter von vier statt fünf Jahren zu beginnen. Außerdem sollte ein eigenes Fach Wirtschaft in den Lehrplan aufgenommen und die Anzahl der Praktika, die während der Schulzeit zu absolvieren sind, erhöht werden. Praktika erleichtern die Berufswahl und geben einen Einblick in das Berufsleben. Dadurch erfahren junge Menschen, welche Arbeitsmöglichkeiten sie als Absolventen einer Ausbildung haben. Deutschlandweit und auch in Hamburg entscheiden sich von Jahr zu Jahr immer weniger Schulabgänger für eine Ausbildung.³ Das verschärft den Fachkräftemangel. Daher müssen wir

¹ Quelle: https://www.awhamburg.de/fileadmin/redakteure/Downloads/CHE_Bericht-BK-final.pdf.

² Quelle: https://www.oecd.org/berlin/publikationen/HMR-Policy%20Highlights_GER_web.pdf.

³ Quelle: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/hamburg/presse/88-2020>.

Ausbildungen durch flexible Ausbildungseinheiten, Online-Kurse, faire Ausbildungsvergütungen und sichere Fortbildungsmöglichkeiten wieder attraktiver machen. Gleichzeitig muss es sich für Fachkräfte lohnen, in Hamburg zu arbeiten. Deutschland hat durch das von der unionsgeführten Bundesregierung auf den Weg gebrachte Fachkräfteeinwanderungsgesetz schon heute eines der liberalsten Rechtsregime der Welt in diesem Bereich. Die Wirkung dieses Gesetzes wird sich aufgrund der Restriktionen der Corona-Pandemie mit zeitweise geschlossenen Grenzen sowie einer starken Beschränkung des Luftverkehrs erst mit einigem zeitlichen Abstand entfalten können. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass exekutive Hindernisse beseitigt werden durch mehr Personal für schnellere Visavergaben in den ausländischen Botschaften, durch klare Rechtsauslegungen und Vorgaben für die Ausländerbehörden, eine schnellere und vereinfachte Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Digitalisierung behördlicher Verfahren.

Neben gut ausgebildeten Fachkräften benötigt die Metropolregion Hamburg umfassende Investitionen in Lehre und Forschung. Denn diese sind die Grundlage für Innovationen, die langfristig die Wirtschaftskraft Hamburgs und damit unseren Wohlstand sicherstellen. In Zukunftsfeldern wie der Biotechnologie oder der Medizintechnik dürfen wir als Stadt nicht passiv bleiben. Dem Gesundheitscluster in Hamburg mit vielen Spitzeneinrichtungen muss auch in der Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft eine maßgebliche Funktion zukommen. Eine herausgehobene Rolle in der Forschung spielt in diesem Zusammenhang neben dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, dem Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin und weiteren außeruniversitären Forschungsinstituten auch die TU Hamburg, die bisher stark unterfinanziert ist und deren Etat deutlich verbessert werden muss – vor allem durch Mittel aus dem Hamburger Haushalt, aber auch durch Bundesmittel für einzelne Projekte. Die Universitäten und Hochschulen in Hamburg sind durch mehr als 10 Jahre Unterfinanzierung ausgezehrt. Hamburg muss die Profile seiner Universitäten und Hochschulen stärken und deutlich mehr finanzielle Ressourcen für Lehre und Forschung bereitstellen. Darüber hinaus müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Digitalisierung von Lehre und Prüfungswesen fortzusetzen. Bildung und Wissenschaft kosten Geld, aber die Investitionen in diese Felder zahlen sich gerade auch aus volkswirtschaftlicher Sicht aus.

Auf dem Wohnungsmarkt zahlen Studenten in Hamburg vergleichsweise sehr hohe Mieten. Dieses Problem wird dadurch verschärft, dass die Stadt zu wenige Wohnheimplätze hat. Es muss daher dringend mehr Wohnraum für Studenten geschaffen werden, damit Hamburg als Studienort im nationalen und internationalen Vergleich attraktiver wird.

2. Schneller planen und bauen

Nur mit einer schnelleren Umsetzung von Infrastrukturvorhaben, die etwa dem besseren Verkehrsfluss oder dem Umstieg auf klimaneutrale Transportmittel dienen, können wir die nationalen und internationalen Klimaschutzziele erreichen, den Wirtschaftsstandort Hamburg stärken und die Mobilität in der Hamburger Metropolregion ausbauen. Infrastrukturprojekte wie die Köhlbrandquerung, die Elbinselbrücken, die Hafentunnel A26-Ost oder die S21 nach Kaltenkirchen müssen genauso wie der Schienenausbau rund um den Hamburger Hauptbahnhof weiter vorangetrieben und mobilitätshemmende, ideologisch motivierte Maßnahmen wie Spurenverengungen auf Hauptverkehrsstraßen umgehend gestoppt werden. In der letzten Legislaturperiode wurden vier Gesetze zur Planungsbeschleunigung auf Initiative der Hamburger CDU-Landesgruppe beschlossen. Das Engagement muss jetzt fortgeführt werden. Um Infrastrukturprojekte schneller realisieren zu können, wollen wir die Planung, die Genehmigung und den Bau von Infrastrukturprojekten vollständig digitalisieren, eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben ermöglichen, Klagemöglichkeiten durch eine Stichtagsregelung einschränken und mehr Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie in den Gerichten sicherstellen. Außerdem wollen wir nach dänischem Vorbild bei großen Infrastrukturprojekten das Planrecht im Parlament schaffen. Denn Zukunftsprojekte müssen deutlich schneller realisierbar sein.

3. Den Hamburger Hafen wettbewerbsfähiger und klimaneutral machen

Hamburgs Erfolg als Wirtschaftsstandort ist maßgeblich mit seinem Hafen und der Infrastruktur im und um den Hafen verbunden. Die wirtschaftliche Bedeutung des größten deutschen Seehafens reicht dabei weit über die Grenzen der Metropolregion hinaus: Der Hafen sichert bundesweit mehr als 600.000 Arbeitsplätze und führt zu Steuereinnahmen in Höhe von fast 2,6 Milliarden Euro jährlich.⁴ Der Druck durch ausländische Konkurrenzstandorte, wie beispielsweise Rotterdam oder Antwerpen, wächst allerdings von Jahr zu Jahr. Jüngste Zahlen weisen darauf hin, dass die Konkurrenz dabei ist, am Hamburger Hafen vorbeizuziehen.⁵ Das muss verhindert werden. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, fordern wir daher umfassende Modernisierungs- und Infrastrukturmaßnahmen. Dazu gehört, dass die Digitalisierung vorangetrieben wird. Dies würde zum Beispiel die Zollabfertigung beschleunigen und eine zusammenfassende behördliche Abfertigung des Veterinär- und Einfuhramtes im Hafen ermöglichen. Darüber hinaus muss die Infrastruktur des Hafens ausgebaut und die dort zum Einsatz kommenden Hafennutzfahrzeuge umgerüstet und modernisiert werden. Auch die Gebühren müssen so angepasst werden, dass der Hamburger Hafen wettbewerbsfähig bleibt. Deshalb benötigen wir mehr Förderprogramme des Bundes und den Ausbau der Landstromversorgung. Nur so machen wir den Hafen zukunftsfest und sichern langfristig dessen Wettbewerbsfähigkeit.

4. In urbane Mobilität von morgen investieren

Als Teil der Energiewende und in Verbindung mit wichtigen Infrastrukturmaßnahmen benötigen wir neue Ideen und Investitionen im Mobilitätsbereich. Da die Zukunft der Mobilität alle Menschen in Hamburg betrifft, sollte das Angebot genauso vielfältig wie die Stadt selbst sein und dem jeweiligen Bedarf gerecht werden. Ein Lkw-Fahrer muss seine Auslieferungen schnell erledigen und Schüler müssen sicher mit dem Fahrrad zur Schule fahren können. Rentner müssen mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) problemlos von A nach B kommen. Der ÖPNV muss für alle bezahlbar bleiben und die vom SPD-Senat eingeführten P+R-Gebühren müssen abgeschafft werden, um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen. Der seit Jahren vom Senat versprochene Bau der U5 muss endlich vorankommen, zumal die Bundesmittel dafür derzeit zur Verfügung stehen. Insgesamt sollte der unterschiedliche Bedarf – genau wie die angestrebten Klimaschutzziele im Verkehr – bei zukünftigen Mobilitätsvorhaben berücksichtigt werden. Deswegen setzen wir auf Technologieoffenheit im Mobilitätsbereich. Es sollte nicht um Verbote im Verkehrsbereich gehen, sondern um intelligente Lösungen für alle. Wir brauchen nicht nur Batterieantriebe, sondern alle verfügbaren Instrumente. Dass die Entscheidung darüber, welche klimafreundlichen Technologien wo zum Einsatz kommen sollen, von der Politik getroffen wird, lehnen wir ab. In einer sozialen Marktwirtschaft sollen Verbraucher und Unternehmen entscheiden, welchen Weg sie einschlagen. Das bedeutet: gleiche Rahmenbedingungen für Batterie- und Wasserstoffantriebe sowie für klimaneutrale Kraftstoffe, etwa E-Fuels.

Umfassende Verkehrsanalysen sind wichtiger denn je, um beispielsweise Verkehrsflüsse zu steuern, Staus zu vermeiden und Emissionen einzusparen. Zukunftsweisende Mobilitätsangebote wie MOIA sind zu identifizieren und zu fördern – und es sind Ideen zu entwickeln, die die Zukunft der Mobilität digitaler, vernetzter und emissionsärmer gestalten. Zu Fragen der zukünftigen Mobilität wurden auf Bundesebene das Deutsche Zentrum für Schienenverkehrsforschung und das Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft eingerichtet. Die HafenCity Universität hat hier einen herausragenden Forschungsanteil. Das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung in Hamburg ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Forschung im Verkehrsbereich vorangetrieben werden kann. Daran muss angeknüpft werden.

⁴ Quelle: <https://www.dvz.de/rubriken/detail/news/hamburger-hafen-sichert-bundesweit-mehr-als-600000-jobs.html>.

⁵ Quelle: <https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article233861117/hafen-hamburg-umschlagszahlen-hamburger-hafen-containerumschlag-rotterdam-corona-krise-konkurrenz.html>.

5. Investitionen in saubere Energie vorantreiben und die Energieversorgung durch Technologieoffenheit sicherstellen

Der Angriffskrieg Putin-Russlands auf die Ukraine zeigt uns, dass sich die EU aus der Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten lösen und sich gleichzeitig im Bereich der Energieversorgung breiter aufstellen muss. Das verflüssigte Erdgas LNG (Liquefied Natural Gas) kann als Alternative zu russischem Gas importiert werden. Deutschland besitzt bislang jedoch keine LNG-Terminals, in denen Gasschiffe entladen werden könnten. Daher fordern wir, dass durch ein Gesetz im Bundestag anstelle eines aufwändigen Planfeststellungsverfahrens dafür gesorgt wird, dass noch im Jahr 2022 mit dem Bau mehrerer LNG-Terminals in Norddeutschland begonnen wird. Wir können es uns nicht leisten, Zeit zu verlieren: Es geht um die Energieversorgung und -sicherheit im kommenden Winter.

Ebenso wichtig ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Auf diesem Gebiet kann Norddeutschland mit der hier erzeugten Windenergie und seinen Seehäfen als Standorten für den Import von Energie und Rohstoffen eine zentrale Rolle spielen. Mithilfe der Energie von unseren norddeutschen Küsten und den wirtschaftlichen Innovationen in Hamburg kann die Hamburger Metropolregion zum Vorreiter für den Markthochlauf von Wasserstoff werden. Die Voraussetzungen sind dafür ideal: Alle Industriesparten – Stahl, Aluminium, Energieerzeugung, Chemie in Kombination mit Hafenwirtschaft, Logistik und Luftfahrt – sind auf engstem Raum konzentriert und können durch ein Pipelinenetz untereinander und europaweit verbunden werden. Zudem sind wir davon überzeugt, dass regenerative Kraftstoffe wie E-Fuels enorm wichtig sind, um die Klimaschutzziele im Verkehrsbereich zu erreichen. Dies gilt sowohl für die Schiff- und Luftfahrt als auch in Hinblick auf die über 30 Millionen Pkw mit Verbrennungsmotor, die im Jahr 2030 noch über Deutschlands Straßen fahren werden. Hier sehen wir enormes Potenzial: Hamburg kann zu Europas Hauptstadt für E-Fuels werden. Dafür müssen auf Bundesebene schnell die richtigen Weichen gestellt werden. Das heißt, dass Projekte zur Entwicklung und Herstellung klimaneutraler Kraftstoffe durch den Bund unterstützt und dass verschiedene Lösungen, die zur Klimaneutralität beitragen, wie beispielsweise Wasserstoff und regenerative Kraftstoffe, gleichermaßen gefördert werden müssen. Zusätzlich benötigen wir Investitionsanreize, Planungs- und Rechtssicherheit sowie eine Strategie für den Markthochlauf klimafreundlicher Kraftstoffe. So sollte sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor in Europa auch nach 2035 noch zugelassen werden können, wenn deren Kraftstoffbedarf mit regenerativen Kraftstoffen gedeckt werden kann. Zudem plädieren wir für eine ambitionierte Mindestmengenquote für E-Fuels, die über 2030 hinaus Investitionssicherheit bietet. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, auf europäischer Ebene für passende Rahmenbedingungen bei der Umsetzung des europäischen „Green Deals“ zu sorgen. Denn für uns steht fest: Klimaneutralität erreichen wir nur durch Technologieoffenheit.

6. Wohnraum schaffen

Jährlich ziehen ungefähr 5,5 Millionen Deutsche um, rund 250.000 davon in und nach Hamburg. Da immer mehr Menschen in Hamburg leben, steigt der Bedarf an Wohnraum in Hamburg besonders stark an. Im Pandemiejahr 2020 wurden deutschlandweit so viele Wohnungen neu gebaut wie seit 20 Jahren nicht mehr. Dies ist das Ergebnis der Wohnraumoffensive, die die ehemalige unionsgeführte Bundesregierung gestartet hat. Dieser positive Trend muss fortgeführt werden. Wenn es um das Thema Wohnen geht, gilt für uns: mehr, schnell, nachhaltig und bezahlbar bauen. Daher fordern wir, dass durch den Deutschen Bundestag das Baurecht vereinfacht, Planungen beschleunigt und KfW-Förderprogramme fortgeführt bzw. erneuert werden. Wohnungswirtschaft und Hausbauer brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit für ihre Bauvorhaben. Beides hat die Ampelkoalition zuletzt durch kurzfristige Stopps bei Förderprogrammen sehr vermissen lassen und damit große Unsicherheit ausgelöst. Gleichzeitig zeigen uns Metropolregionen wie Kopenhagen-Malmö, Paris oder New York, dass kreative Wohnmöglichkeiten, grüne Architektur und die Nutzung nachhaltiger Baumaterialien zum Stadtbild gehören und zu dessen Verbesserung beitragen

können. Abgesehen von einzelnen Projekten auf den Elbinseln werden in Hamburg bislang jedoch nur wenige innovative Vorhaben vorangetrieben. Um den steigenden Bedarf an Wohnungen decken zu können, müssen Flächen stärker nachverdichtet und multifunktional genutzt werden. Zugleich ist es sinnvoll, die Zahl der Geschosse von Häusern zu erhöhen und Flächen so effizienter zu nutzen. Besonders wichtig ist uns die Schaffung von Wohnraum für Familien mit kleineren und mittleren Einkommen. Sie werden angesichts des zu geringen Angebots an passendem Wohnraum häufig aus der Stadt gedrängt und müssen dann weite Wege in Kauf nehmen. Diese kosten nicht nur Geld, sondern auch viel Zeit, die den Familien dann fehlt. Auch müssen Quartiere multifunktional gedacht werden: Wohnen und Arbeiten sollten verknüpft werden, damit auf diese Weise lebendige Stadtteile entstehen. Daher war es richtig, dass die unionsgeführte Bundesregierung die Schaffung urbaner Gebiete im Baugesetzbuch ermöglicht hat. Davon muss Hamburg Gebrauch machen. Die moderne Stadt lebt von einer funktionalen Durchmischung, von kurzen Wegen und guten Mobilitätsanbindungen an die Nachbargemeinden. Rund um das Thema Wohnen benötigt die Metropolregion Hamburg daher Konzepte und Bundesgesetze, die diese Vorschläge aufgreifen und Hamburgs Stadtbild langfristig prägen.

7. Gesundheitsschutz und Digitalisierung des Gesundheitswesens zum Standortvorteil machen

Um im Falle zukünftiger Krankheiten und möglicher Pandemien besser geschützt zu sein, müssen Medikamentenengpässe, von denen auch zahlreiche Hamburger Apotheken während der Corona-Pandemie betroffen waren, verhindert werden. Auch hier müssen Deutschland und die EU Wege aus Importabhängigkeiten finden. Bisher werden viele Wirkstoffe für Medikamente aus Kostengründen in China und Indien hergestellt. Kommt es jedoch dort zu Fertigungsproblemen, Verunreinigungen oder zum Stillstand der Produktion, so kann das für Deutschland und die EU erhebliche Folgen haben. Als Hamburger Landesgruppe fordern wir daher, dass sich die Bundesregierung für eine stärkere Arzneiproduktion in Europa starkmacht. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die deutschen Datenschutzregeln im Gesundheitsbereich reformiert werden. Hier brauchen wir deutlich mehr Pragmatismus. Wenn Forschern genügend Patientendaten zur Verfügung stehen und sie diese untereinander teilen dürften, dann könnten sie tödliche Krankheiten besser und ganzheitlicher untersuchen und schneller Medikamente entwickeln. Anonym geteilte Gesundheitsdaten ermöglichen somit Innovationen und retten im besten Fall Menschenleben. Aus Datenschutzgründen ist dies jedoch häufig nicht möglich. Datenschutzregeln dürfen deshalb nicht länger über dem Gesundheitsschutz stehen – wie das derzeit noch der Fall ist.

Der Vernetzung und Verzahnung von Anbietern und Akteuren in der Gesundheitswirtschaft sowie der Digitalisierung der sektoren- und branchenübergreifenden Förderung des Gesundheitsstandorts Hamburg kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Denn gerade für den Gesundheitsbereich wächst Hamburgs Attraktivität als Startup-Standort, der seit Jahren im Ranking für Gründungen mit Berlin und München mithalten kann und eine überdurchschnittlich hohe Wachstumsrate im Vergleich zu Gesamtdeutschland aufweist. Beschleunigt durch die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung des Gesundheitswesens auch in Hamburg enorme Fortschritte gemacht und die wirtschaftliche Dynamik des Standorts gesteigert. Insbesondere die gute Vernetzung und die Kooperation der ortsansässigen Akteure, Gründer und Startups bieten große Chancen für den Gesundheitssektor als grundsätzlichen Standortvorteil. Die Überwindung von Sektorengrenzen des Gesundheitssystems birgt zudem ein großes Potenzial für die ganzheitliche Patientenbetreuung. Durch die stärkere Integration von E-Health-Anwendungen in den Lebensalltag der Menschen lässt sich die Gesundheitsversorgung verbessern und die Lebensqualität steigern. Der Einsatz von KI und die übergreifende Nutzung von Gesundheitsdaten als Grundlage zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung bietet außerdem Potenziale, die es zu nutzen gilt. Fragen des Datenschutzes, der Datenhoheit, technischer Lösungen und der Versorgungssicherheit gilt es dabei ebenfalls zu klären. Die elektronische Patientenakte, der Ausbau der digitalen Gesundheitsversorgung und das E-Rezept rücken deshalb ins Zentrum, wenn es darum geht, das Versorgungsnetzwerk sicherzustellen. Dafür sind eine

verbesserte Nutzung von Schnittstellen und einheitliche Strukturen notwendig, um bessere Verfügbarkeiten, Patienteneinbindung und eine Individualisierung des Behandlungsangebots zu gewährleisten.

In Hamburg sind die Voraussetzungen für entsprechende Forschungszwecke im Gesundheitsbereich ideal. Die Medizintechnik hat hier beispielsweise traditionell eine starke Basis, sodass innovative, bedarfs- und patientenorientierte Forschungsprojekte in Kooperation mit Politik und Forschung umgehend umgesetzt werden können. Dies kommt nicht nur den Patienten zugute, sondern schafft auch neue Arbeitsplätze in der Hamburger Metropolregion. Es fehlt neben den datenschutzrechtlichen Voraussetzungen derzeit jedoch auch an einer langfristigen Hamburger Standort-Strategie des rot-grünen Senats, um beispielsweise ein Medizintechnik-Cluster zu schaffen, das Wissenschaft und Unternehmen miteinander verzahnt.

8. Standort der Bundeswehr stärken

Die Bundeswehr ist ein Garant für Frieden und Freiheit in unserem Land und in Europa. In Hamburg sind vier besondere Institutionen der Bundeswehr zu Hause, die knapp 10.000 Menschen beschäftigen: die Führungsakademie, das Bundeswehrkrankenhaus, die Helmut-Schmidt-Universität und das Landeskommmando. Besonders in Zeiten des furchtbaren Krieges in der Ukraine, der auch unsere Sicherheit und Freiheit bedroht, sehen wir: Sicherheit ist zwar nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. In dieser Zeit kommt unseren Soldaten der Streitkräfte eine überaus wichtige Rolle zu. Nun gilt es nicht nur, die Bundeswehr schnellst- und bestmöglich auszurüsten, sondern die Arbeit der Soldaten wieder in den zivilgesellschaftlichen Fokus zu rücken. Die CDU steht wie kaum eine andere Partei für die Unterstützung der Bundeswehr und dafür, die wichtige Arbeit der Soldaten in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Die Hamburger Standorte der Bundeswehr tragen nicht nur maßgeblich dazu bei, den Soldaten eine fundierte Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, sondern durch sie ist im medizinischen Notfall auch die Erstversorgung gewährleistet. Bei Naturkatastrophen können sie die Einsätze der Bundeswehr im Inland koordinieren und damit die Stabilität und Funktionsweise unseres Landes garantieren. Hamburg ist somit zentraler Standort der Bundeswehr und muss es auch bleiben. Dies muss in Zukunft weiterhin gefördert werden. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs aus. Dies führt dazu, dass sich junge Menschen für die Gesellschaft engagieren und zivile, soziale oder militärische Strukturen und Institutionen kennenlernen. Ein Gesellschaftsjahr führt Menschen ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammen. Es wirkt nicht nur charakterbildend, sondern auch identitäts- und solidaritätsstiftend und fördert somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Hamburg und Berlin, den 5. Mai 2022

Dr. Christoph Ploß

Franziska Hoppermann

Christoph de Vries